Niedersachsens Umweltministerin Monika Griefahn ist im Münchehagen-Plenum in der Loccumer Akademie eingetroffen und nimmt Platz. Rechts neben ihr Mediatorin Ruth Hammerbacher und am Pult der Plenumsvorsitzende, Dr. Fritz Anhelm, der laut überlegt, ob angesichts der von den Landesämtern für Ökologie und Bodenforschung vorgeschlagenen Reduzierung der Deponiesicherung auf ein Langzeitprogramm das Münchehagen-Verfahren noch durchzuhalten und selbst ein Verbleib der Akademie als Ort der Mediation sinnvoll ist. Zwischen Vertretern der Bürgerinitiativen, Behörden und Politikern sitzen Rehburg-Loccumer Bürger, die ihrem Unmut über Lage mit Plakaten und Spruchbändern nachdrücklich Ausdruck verleihen. Ein Rückfall des Verfahrens in die 80er Jahre wollen sie jedenfalls kampflos nicht hinnehmen. Foto: Reckleben

Runder Tisch bis Workshop gerettet

Ministerin steht zum Modell Münchehagen-Verfahren und zur zeitnahen Deponiesicherung

Loccum/Münchehagen (re). Der von den Landesämtern für Ökologie und Bodenforschung vorgeschlagene und heftig attackierte Verzicht auf eine zeitnahe Sicherung und Sanierung der Giftmülldeponie ist am Dienstag im Münchehagen-Plenum abgeschmettert worden. Demgegenüber wurde die Forderung nach einer in absehbarer Zeit möglichen Umsetzung beschlossener Sicherungsschritte bekräftigt, die Gegenstand von Festlegungen im für Ende Mai angesetzten Workshop sind; denn: Umweltministerin Monika Griefahn hat sich eindeutig hinter das von Landesregierung und Plenum vor Jahren verabschiedete Zielepapier gestellt. Dieses sieht eine zeitnahe Sicherung und Sanierung der Altlast unter dem Vorsorgeprinzip vor. Gleichzeitig akzeptierte die Ministerin, daß die Landesämter bei den Verhandlungen im Workshop nur beratende Funktion haben. Deren Vorschlag für eine auf 50 Jahre angelegte Sicherung soll nur ein Vorschlag neben anderen sein. Basis für die Haltung der Landesämter ist die Bewertung über das Schadstoffabsorbtions- und Rückhaltevermögen des die Deponie umgebenden Tonsteins.

Die Haltung der Ministerin hat das Münchehagen-Verfahren zumindest bis zu den Verhandlungen im Workshop gerettet. Sie hat zudem den bundesweiten Modellchrakter des Münchehagen-Verfahrens bekräftigt. Das umfaßt den Runden Tisch (Mediation) und eine Grundlage, welche die Altlast von anderen in Niedersachsen wesentlich unterscheidet, nämlich die rechtliche Seite. Der geologischen und der Bewertung eines reduzierten Gefährdungspotentials durch die Landesämter steht ein Beseitigungsanspruch der betroffenen Region gegenüber; denn die Giftkippe ist Gerichtsurteilen zufolge illegal angelegt

und betrieben worden. Daher ist der jetzige Zustand rechtswidrig.

Auf diese Zusammenhänge haben der Vorsitzende des Münchehagen-Plenums, Dr. Fritz Anhelm, die Städte Rehburg-Loccum und Petershagen sowie der BUND hingewiesen und erinnerten die Ministerin an die auf dieser Basis getroffenen Vereinbarungen über die zeitnahe Deponiesicherung. Mit Blick auf die hinter den Kulissen von den Landesämtern erarbeitete Bewertung und deren Ergebnis sprachen Anhelm, Petershagens Bürgermeister Joachim Thiele, Rehburg-Loccums Stadtdirektor Dieter Hüsemann sowie Peter Thiele (BUND Petershagen) von Vertrauens- und Vereinbarungsbruch: „Das Münchehagen-Verfahren ist an seine Grenze angelangt." Werde diese bei den Verhandlungen im Workshop überschritten, platze das Verfahren, brachte Hüsemann zum Ausdruck und ließ durchblicken, daß der festgelegte Zeitplan für die Sicherung einzuhalten sei. Die vom umweltpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner, gemachte Äußerung, falls der beschlossene Zeitplan eingehalten werde, gebe es Probleme mit dem Finanzminister, ließ das Plenum aufhorchen.

Das gilt auch für den Schlagabtausch zwischen den Vertretern der Landesämter und zweier Gutachterbüros: Diese halten die Glaubwürdigkeit der von den Behörden zur Bewertung herangezogenen Daten und deren Interpretation für nicht haltbar. Darauf gestützt, erklärte der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Christian Schwarzenholz, die Landesämter hätten offenbar „bewußt fachlich nicht haltbare Schlußfolgerungen regelrecht zusammengeschustert". Der Politiker forderte die Einhaltung der bislang getroffenen Vereinbarungen. Peter Thiele bezeichnete die Einlassung der Landesämter, „neue wissenschaftliche Erkenntnisse führten zur Umbewertung", als „eine schlichte Lüge". Die Vorwürfe wiesen die Ämter entrüstet zurück. Bürgerinitiativen stellten klar, daß die Bevölkerung sich eine „Langzeitsanierung" nicht gefallen lassen werde.